

# BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



## NEU ENTSCHEIDEN

Dekonstruktivismus gilt als philosophische Methode: Er hinterfragt scheinbar sichere Bedeutungen und Überzeugungen und entlarvt sie als zurechtgelegt. In den siebziger und achtziger Jahren hatte er Hochkonjunktur.

In Bayern gehen die Uhren anders. Hier hat der Dekonstruktivismus zu Jahresbeginn Einzug in die Politik gehalten: Die CSU zerlegt sich selbst. Ein Ministerpräsident hat keine Macht mehr, hält aber an der Illusion derselben fest. Seine Kronprinzen predigen Gelassenheit, dahinter steckt pure Blockade. Das stabile System CSU entpuppt sich als fragiles Zerrbild.

Mögen die Uhren in Bayern auch anders gehen, die Zeit steht nicht still. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Menschen in Bayern neu entscheiden dürfen. – 2006 hat das Wirtschaftswachstum nach Deutschland heimgefunden. 2007 kann eine Politik nach Bayern zurückkehren, die sich für Chancengleichheit in allen Regionen einsetzt, für mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Lasst uns gemeinsam mit aller Kraft und erfolgreich dafür kämpfen, während die CSU mit sich selbst ringt!

Ludwig Stiegler, MdB  
Vorsitzender der BayernSPD

## IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS  
Verantwortlich: Rainer Glaab  
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION  
Georg-von-Vollmar-Haus  
Oberanger 38 / II 80331 München  
TEL (089) 23 17 11 0  
FAX (089) 23 17 11 38  
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

## ZEITENWENDE IM FREISTAAT

Bayern, aber gerechter! – Die Spitzen der BayernSPD haben im Kloster Irsee die Weichen für erfolgreiche Kommunal- und Landtagswahlen gestellt: Landesvorstand und Landtagsfraktion berieten in fünf Tagen, wie sie Bayern voranbringen werden.

**D**ieses Jahr war alles anders. Während eine führungs- und orientierungslose CSU-Staatsregierung im Januar nur den eigenen Macherhalt diskutierte, widmete sich die BayernSPD den Sachthemen für eine positive Entwicklung Bayerns und Deutschlands.

„Aus Liebe zu Bayern – Bayern, aber gerechter!“ – unter diesem Motto tagten Landtagsfraktion und Landesvorstand fünf Tage im schwäbischen Bildungszentrum Irsee. Fraktionsvorsitzender Franz Maget bezog das Thema Gerechtigkeit auf die Wohlstandsverteilung in Bayern, auf die Generationengerechtigkeit, auf Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung und vor allem auf die Bildung insgesamt. „Wenn die SPD in Bayern das Sagen hat, geht es gerechter zu in der Bildung“, sagte der SPD-Fraktionschef.

Das enorme Medieninteresse an der Klausurtagung lag nicht zuletzt am Star-gast, dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck. Er stärkte der BayernSPD den Rücken: „Es gibt kein 11. Gebot, das besagt, dass sich in Bayern politisch nichts ändern kann.“ Die Entwicklung in der CSU biete jetzt die Chance, dass den Inhalten der bayerischen SPD mehr Aufmerksamkeit zukomme, erklärte der SPD-Chef.

Ludwig Stiegler erinnerte in der Winterklausur des Landesvorstands mit Blick auf die aktuelle politische Lage, die Arbeit der Großen Koalition und die Debatte über das neue Grundsatzprogramm der SPD an die unverändert gültigen politischen Ziele der BayernSPD: Staatliche Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik stehe anhaltend in der Pflicht, weiter zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Die Beratungen über die anstehenden Kommunal-, Landtags- und Bezirkstagswahlen erhielten durch den beschleunigten Verfall des „Systems Stoi-



**SPD-Chef Kurt Beck – hier mit Fraktionschef Franz Maget und Landesgruppenchef Florian Pronold – stärkt den bayerischen Genossen den Rücken: „Wir staunen über die masochistischen Züge in der CSU.“**

» **Wir werden die CSU-Krise zur Aufholjagd in Bayern nutzen.** « Kurt Beck

» **Die legendäre Geschlossenheit der CSU ist Legende.** « Franz Maget

» **Erstmals seit 30 Jahren gibt es in Bayern eine Mehrheit diesseits der CSU.** « Florian Pronold

ber“ nicht vorhersehbare Aktualität.

Die Bayerische Verfassung verlangt in Art. 44 (3): „Der Ministerpräsident ... muss zurücktreten, wenn die politischen Verhältnisse ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen ihm und dem Landtag unmöglich machen. Der Rücktritt ... hat den Rücktritt der Staatsregierung zur Folge.“

Die SPD-Landtagsfraktion hat zum nächsten Plenum am 30. Januar beantragt, dass das Parlament die nicht mehr mögliche vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ministerpräsident und Landtag feststellt.

Da auch der daraus folgende Antrag zur Auflösung des Landtags von der CSU-Mehrheit absehbar abgelehnt werden wird, kommt Artikel 18 (4) der Verfassung zum Tragen: „Er (der Landtag; Anm. d. Red.) kann auf Antrag von einer Million wahlberechtigter Staatsbürger durch Volksentscheid abberufen werden.“

Die BayernSPD wird mit der Sammlung von 25 000 Unterschriften für ein Volksbegehren unmittelbar nach der Plenarsitzung am 30. Januar beginnen.

„Die SPD hat harte Arbeit vor sich – aber eine Arbeit, die sich lohnt“, sagte Franz Maget. ■

3 FRAGEN  
ANDR. LINUS  
FÖRSTER, MDLEUROPAPOLITISCHER SPRECHER  
DER BAYERISCHEN SPD-LAND-  
TAGSFRAKTION**Die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU ist mit vielen Erwartungen verbunden. Welche Schwerpunkte sollte Deutschland setzen?**

Die Präsidentschaft dauert nur sechs Monate und erfordert deshalb die Konzentration auf wenige Themen. Ich halte es für wichtig, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU, in das Zukunftsprojekt „Europa“ zurückzugewinnen. Dies kann nur erreicht werden, wenn sie spüren, dass die EU nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft zugunsten der Reichen und auf Kosten des großen Ganzen ist. So muss die EU Zeichen setzen im Bereich der Sozialpolitik, gegen Sozialdumping, Niedriglöhne und Steuerwettbewerb nach unten. Und auch der Verfassungsprozess muss wiederbelebt werden, denn ohne einen Verfassungsvertrag ist die EU kaum noch handlungsfähig.

**Was kann die Ratspräsidentschaft konkret für Deutschland und Bayern bringen?**

Die Diskussion um immer wärmere Winter, die Ölknappheit und die Feinstaubproblematik zeigt, dass das Forcieren der Erschließung von regenerativen Energien ohne Alternativen ist. Doch Klimaschutz kann nur dann nachhaltig funktionieren, wenn alle EU-Mitgliedsstaaten sich gemeinsame Ziele setzen und damit auch die USA und China in Zugzwang bringen. Davon würden Deutschland und Bayern als Spitzenreiter bei der Nutzung und Forschung im Bereich Umwelttechnik profitieren.

**Wie werden die Sozialdemokraten angesichts der wütenden Attacken von CSU und Stoiber mit dem Thema „Beitritt Türkei“ umgehen?**

Stoiber benutzt das Thema doch nur, um populistisch von seinen eigenen Problemen abzulenken. Die EU hat der Türkei gegenüber verbindliche Aussagen über den Weitergang der Beitrittsverhandlungen gemacht. Im Gegenzug muss sich Ankara ebenso an seine eigenen Zusagen halten. Sicher wird der Beitrittsprozess noch sehr lange dauern. Aber eines steht fest: Die Türkei muss fair und wie alle anderen Beitrittskandidaten behandelt werden.

## WOHNUNGEN AN DIE BÖRSE?

Seit mehr als einem Jahr wird in Berlin über eine neue Form von Immobilien-Fonds gestritten.

**M**it REITs könnten Immobilien in großem Stil an der Börse gehandelt werden. Bundes- und Kommunalpolitiker der BayernSPD kämpfen gemeinsam dafür, dass Wohnimmobilien außen vor bleiben. Wohnungen dürfen kein Heuschreckenfutter werden. Finanzmarktlobby und Union sehen das anders.

Die Besonderheit der Real Estate Investment Trusts (kurz: REITs): Weil die Fonds ihre Gewinne fast vollständig ausschütten müssen, zahlen die Fonds selbst keine Steuern. Besteuert werden nur die Ausschüttungen beim Anleger. Ursprünglich sollten neben Gewerbeimmobilien auch Wohnimmobilien in REITs einbezogen werden, doch im Gesetzentwurf der Bundesregierung wird nun darauf verzichtet.

**Elementare Lebensbereiche schützen**

„Natürlich hat die Finanzmarktbranche ein großes Interesse, sich ein neues Geschäftsfeld zu erschließen“, erklärt Florian Pronold, Chef der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag und zuständiger SPD-Finanzpolitiker. Ziel der SPD sei es jedoch, elementare Lebensbereiche zu schützen und nicht der Gewinnmaximierung preiszugeben. Der Börsenhandel würde den Renditedruck auf dem Wohnungsmarkt verschärfen. Mit dem Ausschluss von Wohnimmobilien hat Florian Pronold, unterstützt vom Städtetagspräsidenten und Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, einen wichtigen Erfolg erzielt.



MdB Florian Pronold: Wohnimmobilien vor den „Heuschrecken“ retten.

„Für Wohnimmobilien wäre die Dynamik von REITs verheerend“, stellt Christian Ude fest. Der Charakter von Wohnungen als Sozialgut würde weiter zurückgedrängt. Um Gewinn zu machen, würden REITs wohl Mieterhöhungen voll ausschöpfen sowie attraktive Bereiche verkaufen. Gleichzeitig dürften Investitionen in den Wohnungsbestand sinken, schon weil REITs mindestens 90 Prozent der Erträge ausschütten müssen und damit die Rücklagebildung für Sanierungsmaßnahmen kaum möglich ist.

**Union folgt Finanzmarkt-Lobby**

Doch auch ohne Wohnimmobilien werden REITs Probleme auf: Unternehmen sollen nur die Hälfte der eigentlich fälligen Steuern zahlen, wenn sie ihre Betriebsgrundstücke an einen REIT verkaufen und dann anmieten. Die Mietzahlungen mindern dann als Kosten den zu versteuernden Gewinn. Auch für Banken sind REITs ein gutes Geschäft: Zusätzliches Immobilienkapital wird für Investition, Handel und Spekulation zugänglich. Wenn die REITs-Anleger im Ausland sitzen, geht auch die Steuerkalkulation nicht auf. Dann werden teilweise nur Quellensteuersätze von 10 bis 15 Prozent fällig.

Die Auseinandersetzung geht weiter. Die Unions-regierten Länder haben sich im Bundesrat – ganz nach den Wünschen der Finanzlobby – für die Einbeziehung der Wohnimmobilien ausgesprochen. Die SPD hält weiter dagegen. Der Bundestag hat die Beratungen im Januar aufgenommen. ■

## DER GASTKOMMENTAR

## KEIN AUSVERKAUF VON WOHNUNGEN!

Die Wohnungsversorgung gehört zu den wichtigsten Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Sie ist Verfassungsauftrag an die Städte und Gemeinden und darf nicht gefährdet werden. Deshalb danke ich den SPD-Finanzexperten für ihre Beharrlichkeit, Wohnimmobilien im REITs-Gesetzesentwurf auszunehmen.

Der deutsche Wohnungsmarkt ist für Investoren aufgrund des hohen Anteils von 57 Prozent Mietwohnungen attraktiv. Deren Zielobjekte sind längst auch kommunale und gemeinnützige Wohnungsbestände. Knappe Kassen machen den Verkauf öffentlichen Eigentums an so genannte Private-Equity-Gesellschaften reizvoll. REITs würden diesen Prozess beschleunigen, die steuerlichen Anreize eine Privatisierungswelle auslösen.

Dies hätte massive Folgen für die Sozial-



Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, will keine „Heuschrecken“ auf dem Wohnungsmarkt.

struktur. An langfristiger Stadtentwicklung, nachhaltiger Wohnversorgung auch schwieriger Gruppen und ausgewogener Bewohnerstrukturen dürfte Investoren wenig liegen, dafür umso mehr an Mietsteigerungen und schnellen Weiterverkäufen. Sie wollen schnell hohe Gewinne. „Heuschrecken“ nannte Franz Müntefering die schwarzen Schafe, die dafür im übernommenen Unternehmen keinen Stein auf dem andern lassen.

Überdies wären REITs für die Steuerzahler ein Verlustgeschäft: Erst haben sie den sozialen Wohnungsbau finanziert, der dann steuerlich privilegiert zu Gunsten privater Großinvestoren an der Börse landen würde. So sollen REITs unter anderem keine Gewerbesteuer zahlen, was wieder zulasten der Kommunen ginge.

REITs, die auch Wohnungsbestände umfassen, laufen den Interessen von Städten, Mietern und der breiten Masse der Steuerzahler zuwider. ■

# EIN LANDESENERGIEPROGRAMM FÜR BAYERN

**K**ann der Atomausstieg klappen, wenn in Bayern die Atommeiler nach wie vor 65 Prozent des Strombedarfs decken? Prof. Dr. Hermann Scheer, SPD-Bundestagsgeordneter, alternativer Nobelpreisträger und Vorsitzender des Weltrates für Erneuerbare Energien, antwortet mit einem eindeutigen Ja. Sorgsam unterdrückte Untersuchungen und Zukunftsszenarien aus den USA belegen dies. Die erneuerbaren Energien können schnell installiert werden, die Energieträger Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme stehen kostenlos zur Verfügung. Energieeinsparung – vor allem Wärmedämmung in Gebäuden – und effizientere Energienutzung (Kraft-Wärme-Koppelung) ergänzen diesen Weg.

Die größten Schwierigkeiten sieht Scheer darin, dass die Anbieter nuklearer und fossiler Energien mit ihren Großanlagen nicht einfach umsteigen können und deshalb an ihrem System fest-



**MdL Susann Biedefeld und MdB Hermann Scheer sind sich einig: „Bayern kommt aus der Atomkraft heraus.“**

halten: „Wir brauchen ein neues Energiebereitstellungssystem, indem insbesondere Energiegewinnung und Netze nicht in der gleichen Trägerschaft sein können.“

„Wir brauchen noch ambitioniertere Programme für die erneuerbaren Energien, und Bayern muss endlich eigene Beiträge leisten“, verlangt die energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Susann Biedefeld, die auf die günstigen Standortvoraussetzungen Bayerns für erneuerbare Energien hinweist: 20 Sonnentage mehr als der Bundesdurchschnitt, Biomasse und Biogas aus der Land- und Forstwirtschaft, Erdwärme aus dem Geothermiebecken. Auch die Windkraft muss stärker genutzt werden.

Gemeinsam mit Hermann Scheer will die Landtags-SPD – so der Klausurbeschluss – nun ein Landesenergieprogramm für Bayern erarbeiten, das im Frühjahr vorgestellt werden soll. ■

## FUTTER FÜR MUNDFUNK

im Februar 2007

Wie bekommen wir Stoiber weg?

Die rechtlichen Möglichkeiten des Parlaments und des Volkes kurz zusammengefasst findet Ihr unter

■ R-01-2007: Stoiber muss weg – aber wie?

Außerdem neu im Angebot:

■ BY-01-2007: Aus Liebe zu Bayern –

Bayern aber gerechter. Eine Denkschrift

■ B-01-2007: Bildungsmilliarde für ein gescheitertes Bayern

■ B-02-2007: Bayerns Kindergartengesetz muss geändert werden

■ F-01-2007: Bayern braucht mehr öffentliche Investitionen

**Und so geht's:**

**Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.**

**Download im Internet unter**

**[www.bayernspd-mundfunk.de](http://www.bayernspd-mundfunk.de)**

**Per E-Mail: [info@bayernspd.de](mailto:info@bayernspd.de)**

**(Datei oder Ausdruck? Absender!)**

**Per Fax: 089 - 23 17 11 38**

**(Absender-Faxnummer!)**

**Telefonisch: 089 - 23 17 11 0**

**Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München**

## FÜR UNS IM LANDTAG ADELHEID RUPP

„Noch immer nicht gibt es gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Noch immer ist es schwierig, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.



Deshalb gilt für alle Lebensbereiche: Frauen verdienen mehr!“

Die Rechtsanwältin Adelheid Rupp gehört seit 2003 dem Bayerischen Landtag an. Sie ist frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und arbeitet im Hochschulausschuss (als stellvertretende SPD-Sprecherin) und im Rechts- und Verfassungsausschuss mit. Auf Landesebene führt sie die SPD-Frauen (AsF). In München ist sie stellvertretende SPD-Vorsitzende.

**Kontakt: Bürgerbüro Daiserstraße 27, 81371 München, TEL (089) 69 20 938, FAX (089) 45 22 74 85, EMAIL adelheid.rupp@bayernspd-landtag.de, INTERNET www.adelheid-rupp.de**

## POLISCHER ASCHERMITTWOCH

Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, kommt am 21. Februar zum Politischer Aschermittwoch der BayernSPD in den Wolfertetter Keller nach Vilshofen. Es sprechen zudem Fraktionsvorsitzender Franz Maget und Landeschef Ludwig Stiegler. Die Veranstaltung startet pünktlich um 10.30 Uhr, Einlass ist vor dem Hintergrund des zu erwartenden Zuschauerzuspruchs bereits ab 8.30 Uhr. Auf der Aschermittwochs-Veranstaltung im fränkischen Zirndorf (Beginn 19.00 Uhr) spricht der Generalsekretär der Bundes-SPD, Hubertus Heil.

## 14./15. JULI IN WÜRZBURG: LANDESPARTEITAG DER BAYERNSPD

Nach über 15 Jahren findet erstmals wieder der Parteitag der BayernSPD in Unterfranken statt: im Congress Centrum in Würzburg. Der Parteitag der BayernSPD am 14. und 15. Juli 2007 ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu den anstehenden Wahlen. Neben den Neuwahlen des Parteivorstands und den Beratungen zum Grundsatzprogramm stehen vor allem die Kommunal- und Landtagswahlen auf der Tagesordnung.

# JETZT REDEN SIE. WIR HÖREN ZU.

Unter diesem Slogan steht die Start-Kampagne der BayernSPD zur Kommunalwahl 2008. Denn als starke kommunale Kraft wird die bayerische Sozialdemokratie die Wünsche und Anliegen der Menschen in den Vordergrund stellen. Jetzt sollen die Bürger zu Wort kommen. Die Kommunalpolitiker hören zu und bündeln die Anregungen der Bevölkerung zu Initiativen und realer Politik vor Ort. Denn die BayernSPD weiß: Wer Wahlen gewinnen will, muss Partner der Bürgerinnen und Bürger sein.

Klingt gut – doch wie stellt das die SPD an? Ganz einfach: Wenn der Weg über den Fernseher, den Rundfunk oder die Zeitung für uns verschlossen ist, dann kommen die Genossen eben persönlich vorbei. Mit Hausbesuchen und

## IHRE ANLIEGEN SIND UNSER PROGRAMM.



**In der kommenden Ausgabe präsentiert der BayernVorwärts erfolgreiche Bürgermeisterkandidaten der BayernSPD unter dem Themenschwerpunkt „Erfolgsgeschichte Hausbesuche“.**

Stadtteilbegehungen fangen die Kandidatinnen und Kandidaten ab 2. März 2007 an, zu den Bürgern zu gehen und sie zu kommunalpolitischen Politikfeldern zu befragen.

Die Antworten bzw. Anregungen werden die Ortsvereine vor Ort in ihr Kommunalwahlprogramm aufnehmen, sie verstärken, öffentlich machen und verwirklichen. Start der Kampagne ist am 2. März 2007, also genau ein Jahr vor den Kommunalwahlen.

In 15 Regionalkonferenzen in ganz Bayern (März bis Mai 2007) werden die Mitglieder informiert und mit Werbematerialien ausgestattet.

Mehr Informationen sind zu finden unter [www.bayernspd.de](http://www.bayernspd.de) und ab sofort monatlich im BayernVorwärts. ■

## SPD-TREUE – WIR GRATULIEREN!

**Wally Mörtl zu 80 Jahren: 80 Jahre hält sie der SPD die Treue – die geistig frische „Grand Old Lady“ der Weiden Sozialdemokratie. Wally Mörtls erfolgreiches Wirken war immer geprägt von großem sozialen Engagement und ihrer starken Persönlichkeit, lobt sie BayernSPD-Chef Ludwig Stiegler.**



**Josef Parizek zu 75 Jahren: Wenn er gebraucht wurde, war Josef immer zur Stelle, man konnte sich auf ihn verlassen, für andere setzte er sich selbstlos ein. Das ist Josef Parizek aus Büchenbach (Landkreis Roth). Er ist heute 95 Jahre alt und hält der SPD seit über 75 Jahren die Treue. Zum Gratulieren kamen auch Landrat Herbert Eckstein und MdB Peter Hufe.**

**Egon Rüsenberg zu 60 Jahren: Die Gaimersheimer Genossinnen und Genossen Genossen (Landkreis Eichstätt) ehrten langjährige SPD-Mitglieder für ihre Treue. Urkunde und Ehrennadel gab es für Egon Rüsenberg (60 Jahre Treue zur SPD) und für Michael Rippstain (40 Jahre).**



## BAYERNS SPD-SENIOREN MIT EIGENER HOMEPAGE

[www.ag60plusbayern.de](http://www.ag60plusbayern.de) – unter dieser Adresse ist jetzt der eigenständige Internetauftritt der Arbeitsgemeinschaft „60plus“ der BayernSPD zu erreichen.

Für die 60plus-Landesvorsitzende und Rosenheimer Bundestagsabgeordnete Angelika Graf ist das ein wichtiger Schritt, denn „Internet und neue Medien werden nicht mehr nur von jungen Menschen genutzt. Immer größer wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren, die im World Wide Web unterwegs sind. Die Altersgruppe 60plus ist laut Statistik die am stärksten steigende Altersgruppe unter den ‚Internet-Usern‘!“

„Während ‚andere‘ politische Seniorenvereinigungen nur zu einer Untergruppe degradiert werden, sind die SPD-Seniorinnen und Senioren auch im Internet eigenständig und direkt erreichbar. Hier gibt es die aktuellsten Positionen und Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft 60plus. Aus Sicht von SPD-Senioren werden zudem aktuelle Themen wie Gesundheit, Pflege und oder ‚lebenslanges Lernen‘ aufgegriffen und diskutiert.“

Der Landesvorstand der AG 60plus der BayernSPD hofft mit seiner „Homepage“, die im Übrigen in Kooperation mit den schwäbischen Jusos entstand, ein besseres Service-Angebot liefern zu können. Die Zielgruppe sind die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände, die jungen und älteren SPD-Mitglieder in Bayern, politikinteressierte Seniorinnen und Senioren, aber auch die bayerischen Medienvertreter.

Die AG 60 plus der BayernSPD hofft, sich mit der eigenen Homepage nun noch gezielter und schlagkräftiger in das politische Geschehen einmischen zu können!